

13

Karlsruhe, 26. April 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, Dufhues, Fay, Fricke, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Hilbert, Johnen, Kiesinger, Kraske, Krone, Lücke, Meyers, Oberländer, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Stoltenberg, Zimmer.

Ablauf des Bundesparteitages: Programm, Anträge, Wahlen. Fall Oberländer. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr

Ende: 17.30 Uhr

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich in diesem prachtvollen Rathaus willkommen. Sie sehen, daß der Oberbürgermeister dieser Stadt¹ wirklich alles tut, um uns den Aufenthalt hier möglichst angenehm zu machen. Wir sind ihm sehr dankbar dafür. Er scheint ja – nach der Auskunft von Herrn Gurk – ein sehr umgänglicher Mann zu sein. Deswegen freuen wir uns, hier Gäste der Stadt Karlsruhe sein zu dürfen. Nun bitte ich gleich um Entschuldigung, denn ich muß die Herren Krone und Oberländer ausfindig machen.² (*Albers:* Ich meine, die Sache wäre geregelt!) Man soll erst immer abwarten, Herr Albers! (*Albers:* Ich habe es doch gelesen!)

Gurk: Herr Oberländer hat schon das Rathaus verlassen. Es hat eine Besprechung in meinem Zimmer stattgefunden.

Adenauer: Ich muß mit ihm sprechen, denn es handelt sich schließlich um einen Bundesminister. Sie werden mir also erlauben, daß ich mit ihm ein paar Worte spreche. (*Heiterkeit.*) Herr von Hassel! Würden Sie solange den Vorsitz übernehmen? (*Von Hassel:* Ja!)

1 Günther Klotz (1911–1972), 1952–1970 Oberbürgermeister von Karlsruhe (SPD).

2 Vgl. unten S. 658–665.

ABLAUF DES BUNDESPARTEITAGES: PROGRAMM, ANTRÄGE, WAHLEN

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einiges zum Ablauf des Parteitages vortragen.³ Wir könnten dann bei dieser Gelegenheit Beschluß fassen über das, was dann während des Parteitages zu geschehen hat. Wir haben heute den Ablauf des Parteitages zu behandeln. Es ist dabei insonderheit festzustellen, was wir noch an Anträgen zu erwarten haben. Wir müssen überlegen, was wir mit diesen Anträgen zu tun beabsichtigen.

Für das Präsidium sind durch die Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den Herren aus Baden-Württemberg vorgeschlagen worden, zum Präsidenten des Parteitages – wie üblich – den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbandes zu nehmen. Das ist der eben in sein Dienstzimmer abgewanderte Dr. Gurk. Dazu sollen ins Präsidium kommen die Kollegen Kiesinger, Johannes Albers, ... (*Albers:* Ich bitte, einen anderen für mich zu nehmen!) Frau Brauksiepe, Dr. Fricke, Bundesminister Lemmer, Landtagspräsident Dr. Neinhaus, Frau Rösch⁴ und Dr. Stoltenberg. Ein großer Teil dieser vorgeschlagenen Damen und Herren hat auch schon bei früheren Parteitagen das Präsidium gebildet. (*Albers:* Ich schlage an meiner Stelle Herrn Winkelheide vor.) Einverstanden! (*Stoltenberg:* Ich bitte, statt meiner Herrn Dr. Even vorzusehen, weil ich einen Nachmittag abwesend sein werde.) Also, anstelle der Herren Albers und Dr. Stoltenberg sind die Herren Winkelheide und Dr. Even vorgeschlagen. Es müssen Herren sein, die einen Parteitag auch leiten können. Ich darf feststellen, daß Sie damit einverstanden sind.

Die Rednerliste für den Eröffnungstag morgen ist sehr umfangreich. Es sprechen der Präsident des Parteitages Dr. Gurk, dann der gastgebende Ministerpräsident, unser Freund Kiesinger, dann der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, den wir eben hier gesehen haben, dann der Vertreter der CSU, dann die ausländischen Ehrengäste. Wir haben einmal versucht, die Ansprachen der Ehrengäste einem oder notfalls zwei Rednern zu übertragen. Das war aber bei der außerordentlich unterschiedlichen Struktur der ausländischen Parteien leider nicht möglich, so daß also sämtliche Ehrengäste ihre Grußworte vorbringen werden. Wir haben sie aber beschworen, nicht länger als zwei bis drei Minuten lang zu sprechen. Es ist angeregt worden, diese Grußworte auf die Nachmittagssitzung zu verlegen, weil wir am Montag zwei große Referate hören werden, nämlich das des Herrn Bundeskanzlers und das des Herrn Außenministers Dr. von Brentano. Ist das auch in Ihrem Sinne? (*Zustimmung.*) Vor der Rede des Bundeskanzlers werden noch zwei Zonenflüchtlinge das Wort ergreifen, die jetzt unmittelbar aus der Zone kommen, und zwar ist diese Angelegenheit vorbereitet worden mit dem Staatssekretär Dr. Nahm und dem Herrn Bundeskanzler. Es handelt sich um einen Bauern und um einen Handwerker. Wir

3 Zu den nun folgenden Einzelheiten vgl. CDU, 9. Bundesparteitag 1960; Akten in ACDP VII-004-AO411/1.

4 Julie Rösch (1902–1984), 1949–1961 MdB (CDU).

haben geglaubt, es sei besser, diese Repräsentanten aus dem Kreis derer, die jetzt flüchten mußten, am Freitag vormittag im Zusammenhang mit dem Referat von Herrn Krüger⁵ sprechen zu lassen, aber der Herr Bundeskanzler legt Wert darauf, daß das vorher geschieht. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Es ist dann im Kreis derer, die mit der Außenpolitik zu tun haben, beraten und vorgeschlagen worden, am Ende der morgigen Vormittagssitzung eine Entschliebung zu Berlin und der Gipfelkonferenz zu verabschieden. Diese Entschliebung ist von den außenpolitischen Sachverständigen der Fraktion entworfen worden. Es wird angeregt, diese Entschliebung vortragen und begründen zu lassen durch unseren Freund Amrehn aus Berlin. Eine Entschliebung zur Situation in der Sowjetzone soll entweder danach oder in der Schlußsitzung des Parteitages im Zusammenhang mit dem Referat von Krüger durch Herrn Dr. Gradl vorgetragen und begründet werden, die unter seiner Federführung entstanden ist. Es wird weiter angeregt, die erforderlichen Entschliebungen zur gesamten Innenpolitik im Anschluß an die Referate von Dr. Krone, Professor Dr. Erhard und Blank am Freitag durch das Redaktionskomitee vorzubereiten. An Anträgen sind eingegangen eine Gruppe, die sich auf die Satzungsänderungen beziehen, dann ein einziger Sachantrag von Dr. Hesberg⁶, und zwar dahin gehend, daß der Wirtschaftsausschuß im Sinne unseres Statuts eine Vereinigung sei ... (*Hellwig*: Die Wirtschaftsausschüsse! Nicht zu verwechseln mit dem Bundesausschuß der Partei für Wirtschaftspolitik!) Das geht aus dem Antrag aber nicht hervor. (*Hellwig*: Das ist das Problem!) Das müßte nachher im einzelnen begründet werden. Deshalb sollten wir den Hesberg-Antrag zunächst ausklammern.

Der Bundesvorstand und der Parteiausschuß haben sich in der letzten Zeit mehrfach mit der Satzungsänderung beschäftigt. Nun haben wir in einer Zusammenkunft aller Landesvorsitzenden mit dem geschäftsführenden Vorstand vor drei Wochen eine Formulierung für die Neufassung des Statuts gefunden, die Ihnen nunmehr im Druck vorliegt. Sie finden in einer synoptischen Gegenüberstellung das bisher geltende Statut und die Neufassung.⁷ In der Neufassung ist alles aufgenommen, was im Zusammenhang mit der Verabschiedung unserer Geschäftsordnung und der Finanzordnung in dem Statut geändert werden muß. Das ist bereits von Herrn Dufhues begründet worden, so daß wir darüber wohl nicht mehr zu diskutieren brauchen. Zweitens handelt es sich um jene politischen Änderungen, über die wir oft gesprochen haben. § 25 enthält die neue Zusammensetzung des Bundesvorstandes, und zwar fehlt hier die bisherige Ziffer c), nämlich die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder. Statt dessen sind aufgenommen worden mit vollem Stimmrecht unter h) die Regieschefs und die Bundesminister, soweit sie der CDU angehören, und unter i) 15

5 Hans Krüger (1902–1971), 1957–1965 MdB (CDU), 1958–1964 Präsident des Bundes der Vertriebenen, 1963/1964 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

6 Dr. Carl Hesberg (1898–1977), Volkswirt; 1953–1969 MdB (CDU), 1957–1962 Vorsitzender des Ausschusses für Wohnungswesen, Bau- und Bodenrecht.

7 Synopse in ACDP VII-004-AO411/2 und VI-010-776.

weitere Mitglieder. Es fallen weg – darüber sind wir uns alle einig gewesen – die bisherigen drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder.

Neu ist auch, daß der Bundesparteiausschuß gemäß Ziffer i) nicht mehr 10, sondern 15 Mitglieder wählt. Es ist ein wenig kompliziert, das hier im einzelnen alles zu begründen. Man kann das Ganze nur sehen im Zusammenhang mit dem neuen § 26, in dem festgelegt ist, daß dieser Gesamtvorstand aus seiner Mitte heraus einen engeren Vorstand wählt. Es heißt dort: Er wählt aus seiner Mitte einen engeren Vorstand, dem die Vorsitzenden und 16 weitere Mitglieder angehören. Der engere Vorstand erledigt die laufenden Arbeiten. – Man hat sehr eingehend darüber gesprochen, wieviel es sein müßten. Nach Berücksichtigung der verschiedenen Bereiche, insbesondere des regionalen Prinzips, ist man zu dem Ergebnis gekommen, daß es der Vorsitzende plus 16 sein sollten. Von wesentlicher Bedeutung ist der § 27, der lautet:

„Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden einberufen. Alle drei Monate muß eine Sitzung des Bundesvorstandes stattfinden. Der engere Vorstand tritt mindestens einmal im Monat zusammen; auf Antrag von mindestens drei Mitgliedern ist er innerhalb einer Woche einzuberufen.“

Alles andere sind rein auf die Satzung bezogene Bestimmungen, über die man lange diskutieren könnte. Es ist aber nichts schrecklicher, als über solche Satzungsänderungen zu sprechen. Damit kann man jeden Verein von vornherein in Unordnung bringen.

Ich darf noch einmal zusammenfassen: Es sind vier Bereiche. 1. Alles das, was in der Geschäftsordnung und in der Finanzordnung beschlossen worden ist, hat hier noch einmal Satzungskraft erlangt. Darüber braucht also nicht diskutiert zu werden. Alle Mitglieder des Gesamtvorstandes haben Stimmrecht. 2. Der Bundesausschuß hat jetzt eine etwas stärkere Mitwirkung als bisher, weil er nicht mehr 10, sondern 15 Mitglieder zu wählen hat. 3. Aus dem Gesamtvorstand, der jetzt um drei Köpfe erweitert ist, wird der engere Vorstand gewählt. 4. Der große Bundesvorstand muß alle drei Monate, der engere Vorstand mindestens einmal im Monat zusammentreten; es sei denn, daß drei Mitglieder beantragen, ihn innerhalb einer Woche einzuberufen.

Alle Landesvorsitzenden, die anwesend waren – einige wenige hatten sich vertreten lassen –, haben einstimmig diese Formulierungen vorgeschlagen. Ich bin am Freitag beim Bundeskanzler gewesen und habe ihn gefragt, wie er dazu stünde. Er ist der Meinung, daß dieses Konzept als Antrag des Gesamtvorstandes dem Bundesparteitag vorgelegt werden soll. Formal ist es so, daß drei Landesverbände den Antrag gestellt haben, dieses Statut dem Bundesparteitag zur Annahme vorzuschlagen. Ich darf nun fragen, ob es nicht sinnvoll wäre, wenn der Bundesvorstand in seiner Gesamtheit diese Satzungsänderung dem Bundesparteiausschuß nachher vorlegt, so daß es dann der Bundesparteitag beschließen kann. (*Zustimmung.*) Unter Einschluß der CSU nickt alles mit den Köpfen. Soll ich noch einmal formal abstimmen lassen? (*Zurufe:* Nein, nein! – *Schmücker:* Im § 29 müßte es heißen „Vereinigung des Mittelstandes“!) Ich würde empfehlen, das nachher redaktionell zu regeln, und zwar ohne daß wir jetzt lange darüber sprechen. – Darf ich dann feststellen, daß bei

Stimmenthaltung der Bayern – so will ich mal formulieren – die Neufassung des Statuts beschlossen worden ist? (*Allgemeine Zustimmung.* – *Blumenfeld:* Es ist schlecht, wenn man den Wunsch von Herrn Schmücker nachher redaktionell erfüllen will. – *Widerspruch.* – *Schmücker:* Wir lassen es, wie es ist. – *Hilbert:* Im § 29 vermisse ich den Agrarausschuß. Ich weiß nicht, ob er bewußt ausgelassen worden ist. – *Meyers:* Das ist keine Vereinigung in diesem Sinne!) Es ist keine Vereinigung. Wir lassen es am besten so passieren. (*Brauksiepe:* Ich weiß nicht, ob ich es überhört habe, aber ich frage noch einmal, haben Sie auch gesagt, wann und wo morgen Gottesdienste stattfinden?) Am Sonntag selbstverständlich. Aber wir werden klären, wann und wo morgen früh evangelische und katholische Gottesdienste stattfinden.

Nun muß ich einen Einschub machen. Es ist ein Antrag der Delegierten Mick, Schneider usw. eingegangen, wonach der Bundesschatzmeister und die 15 weiteren Vorstandsmitglieder nicht – wie bisher – vom Bundesausschuß, sondern vom Bundesparteitag gewählt werden sollen. Hierüber müßte eine Meinungsbildung erfolgen. Ich glaube, man wird aus gutem Grund sagen müssen, daß die weiteren 15 Mitglieder und der Bundesschatzmeister von dem überschaubaren Bundesausschuß und nicht vom Bundesparteitag gewählt werden. – Darf ich das als Meinungsbildung des Bundesvorstandes feststellen? (*Albers:* Reden Sie doch etwas lauter! Hier ist nichts zu verstehen!) Herr Albers! Einige Herren bitten darum, den Bundesschatzmeister und die weiteren 15 Mitglieder des Vorstandes durch den Bundesparteitag und nicht durch den Bundesausschuß wählen zu lassen. Sind Sie damit einverstanden, daß im Plenum des Parteitages jemand aus dem Bundesvorstand zu diesem Antrag Stellung nimmt und erklärt, warum es richtiger ist, bei der Bestimmung des Statuts zu verbleiben? (*Fay:* Vielleicht können wir von Herrn Albers etwas über die Motive zu diesem Antrag hören! – *Albers:* Verehrter Freund! Ich war in den letzten 14 Tagen nicht arbeitsfähig. Deswegen kann ich keine Motive anführen!) Ich darf Sie bitten, Herr Fay, im Plenum eine Erläuterung zu geben, warum wir es bei der alten Fassung belassen wollen. (*Fay:* Ich weiß zwar nicht, warum wir dabei verbleiben sollen. Vielleicht ist es althergebracht und konservativ. Aber ich bin bereit, alles zu begründen! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es kommt hinzu, daß dieser Antrag nicht fristgemäß eingegangen ist. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zurufe:* Das sagt er jetzt erst! – Warum nicht gleich so? – *Zurufe:* Oho!) Wir müssen über die Satzungsänderung nachher im Bundesparteiausschuß sprechen. Ich darf Sie bitten, die Sache zu behandeln, damit es nachher reibungslos vor sich geht.

Der nächste Antrag ist von Dr. Hesberg. Er hat telegrafisch den Antrag gestellt, der Bundesparteitag möge beschließen, die Wirtschaftsausschüsse als Vereinigung anzuerkennen. Der Antrag ist den Vorstandsmitgliedern mit der Tagesordnung zugegangen.

Hellwig: Ich darf hierzu folgendes klarstellen, damit keine Verwechslung eintritt. Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik ist ein vom Vorstand der Partei gebildeter Fachausschuß entsprechend § 28 der neuen (§ 11 der alten) Satzung. Unabhängig von diesem Fachausschuß bestehen seit eh und je auf der Kreis- und Landesebene losere

Vereinigungen, Wirtschaftsausschüsse genannt, wie der Wirtschaftsausschuß der CDU Rheinland usw.

Es hat bei dem früheren Ausschuß für Wirtschaftspolitik nach der alten Satzung eine Verzahnung dadurch gegeben, daß in den Ausschuß für Wirtschaftspolitik auf der Bundesebene die Landeswirtschaftsausschüsse in der einen oder anderen Form Delegierte entsandten. Eine solche Verzahnung ist nach dem jetzigen Statut nicht mehr vorhanden. Nunmehr handelt es sich um die Frage, ob die Wirtschaftsausschüsse, die auf der Landes- und Kreisebene bestehen, in eine Vereinigung kommen sollen. Ich weiß nicht, welchen Stand die Vorbesprechungen hierzu haben. Es bestehen seit langem Überlegungen auch bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik und dem Vorstand dieses Ausschusses, wie man eine Form finden kann, die es erlaubt, einen größeren Kreis von Freunden, die an der Wirtschaftspolitik mitarbeiten wollen, in irgendeiner Weise der Partei zuzuführen. Ich weiß aber nicht, ob dieser Antrag von Dr. Hesberg bereits mit Herrn Etzel, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, abgestimmt worden ist. Ich vermute aber, nein. Deshalb möchte ich darum bitten, daß wir uns im Augenblick nicht weiter damit befassen, sondern abzuwarten, bis sich Herr Etzel dazu äußert. Ich habe versucht, ihn telefonisch zu erreichen, aber er war unterwegs.

Kraske: Nach dem Statut und der Geschäftsordnung ist eine Unterscheidung zwischen Ausschuß im Singular und Ausschüssen im Plural nicht möglich. Bei der Umwandlung der Mittelstandsausschüsse in eine Vereinigung vor vier Jahren war es auch so, daß es nicht nur auf der Bundesebene einen Bundesausschuß für Mittelstandsfragen gegeben hat, sondern es gab auch in den Landesverbänden welche, teilweise auch in den Kreisverbänden. Bei der Umwandlung in eine Vereinigung ist die Organisation auch so, daß es eine Bundesvereinigung und darunter Landes- und teilweise auch Kreisvereinigungen gibt. Es ist nicht möglich, daß man auf der unteren Ebene in den Landes- und Kreisverbänden Vereinigungen gründet, dann darüber einen Fachausschuß schafft. Man kann nur durch die ganze Partei einen entsprechenden Fachausschuß oder eine Vereinigung gründen. (*Zurufe:* Nicht klar! – *Hellwig:* Das trifft es ja nicht! – *Bewegung.*)

Stoltenberg: Wir müssen uns darüber klar sein, was wir mit der Satzung wollen. Herr Hilbert hat mit Recht darauf hingewiesen, daß er den Agrarausschuß vermißt. Es könnte dahin kommen, daß sämtliche Fachausschüsse den Charakter einer Vereinigung anstreben und entsprechende Anträge einbringen. Die Voraussetzung dafür, daß wir einen Fachausschuß in eine Vereinigung umwandeln, ist wohl die, in den Landesverbänden eine entsprechende organisatorische Basis zu schaffen, die aber bei den Wirtschaftsausschüssen – und zwar über den Charakter eines Ausschusses hinaus – in den meisten Landesverbänden nicht vorhanden ist. Solange aber diese Voraussetzung nicht gegeben ist, können wir auch nicht die Form einer Vereinigung, die im § 30 umschrieben ist, zugrunde legen. Wenn also der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses diesen Antrag nicht unterstützt, würde ich empfehlen, ihn auf diesem Parteitag nicht zur Diskussion zu stellen.

Zimmer: Ich halte mich für verpflichtet, eine Aufklärung zu geben. Schon vor zehn Jahren tauchte das Mißverständnis auf, das auch heute noch von dem Begriff „Sozialausschüsse“ ausgeht. Es heißt zwar „Sozialausschüsse“, in Wirklichkeit sind die Sozialausschüsse aber mehr; sie sind doch die Traditionskompanie der früheren Christlichen Gewerkschaften, also eine echte sozialpolitische Vereinigung. Der Begriff „Sozialausschüsse“ hat sich aber damals eingebürgert, und es ist dabei geblieben. Ich möchte bitten, daß sich die anderen wirklichen Ausschüsse nicht an diesem Begriff „Sozialausschüsse“ stoßen.

Scheufelen: Es handelt sich bei diesem Antrag um etwas anderes. Es besteht nicht das Bestreben – so wie ich ihn verstehe –, eine Vereinigung zu bilden. Es hat sich in der Praxis gezeigt, daß es notwendig ist, irgendeine Möglichkeit für ein Vorfeld – z.B. beim Wirtschaftsausschuß – zu haben. Wir können nicht alle Leute, die im Wirtschaftsausschuß mitarbeiten wollen, in den Ausschuß übernehmen, sonst gibt es einen Mammutausschuß. Wir wollen sie aber auch nicht zurückstoßen. Deshalb wäre es eine vernünftige Lösung, wenn wir einen Verein schüfen, der keine Vereinigung im Sinne des Statuts zu sein bräuchte, sondern man müßte gewissermaßen ein Vorfeld schaffen. Das braucht keine Vereinigung mit Sitz und Stimme im Bundesvorstand zu sein.

Meyers: Der Antrag geht zweifellos auf eine Vereinigung im Sinne der Satzung hinaus. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen uns darüber klar werden, ob wir diesen Weg einschlagen wollen oder nicht. Wenn wir dazu kommen, hat das zunächst eine Folge für die Zusammensetzung des Vorstandes; denn die Vorsitzenden dieser Vereinigung gehören dem Bundesvorstand der CDU an. Über diesen Umweg könnten also eine Reihe neuer Mitglieder in den Bundesvorstand kommen. Zweitens haben wir dann ein Nebeneinander von Ausschüssen und Vereinigungen der Partei. Die Frage lautet hier: Was ist nun für uns das Wichtigere und Entscheidendere? Sie werden sehen, daß die Vereinigungen letzten Endes gegenüber den Ausschüssen innerhalb der Partei das Übergewicht bekommen. Wenn es so ist, daß in den Vereinigungen diejenigen sind, die nicht in den Ausschüssen arbeiten, werden die Vereinigungen den Bundesvorstand in weitgehendem Umfang bestimmen, während die Ausschüsse, die die Arbeit leisten sollen, überhaupt niemanden in den Vorstand hineinschicken.

Deshalb halte ich es für zweckmäßig, die Herren Hesberg und Etzel zu bitten, den Antrag zunächst einmal zurückzustellen. Wir müssen uns zuerst darüber klar werden, wie wir die Vereinigungen überhaupt abgrenzen. Die Vereinigungen wurden ja nach verschiedenen Gesichtspunkten und Prinzipien geschaffen; denken Sie an die Sozialausschüsse und die Kommunalpolitische Vereinigung. Wir müssen uns aber jetzt darüber klar werden, wie es in Zukunft gehandhabt werden soll, damit nicht eine Vielzahl von Vereinigungen und damit ein großes Nebeneinander zu den Ausschüssen der Partei entsteht, wobei man dann nicht mehr weiß, wer denn nun für die Arbeit der Partei eigentlich maßgebend ist.

Johnen: Mit dem Antrag ist sicherlich eine Vereinigung im Sinne des Statuts gemeint. Einen solchen Antrag hat nur der Kollege Hesberg gestellt. Es handelt sich

auch nicht nur darum, daß Herr Etzel als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses damit einverstanden wäre, sondern auch die Landesverbände, die sich noch damit beschäftigen müssen, ob sie überhaupt diese Vereinigung wollen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Deshalb bitte ich darum, mit dem Herrn Hesberg zu sprechen, damit der Antrag zunächst einmal den Landesvorsitzenden zur Vorprüfung gegeben wird. (*Zustimmung*.)

Von Hassel: Ich nehme an, daß der Bundesvorstand allgemein dieser Auffassung ist. Man sollte Herrn Hesberg sagen, daß wir bei der Bildung neuer Vereinigungen außerordentlich zurückhaltend sein müssen, weil wir nicht wissen, wohin dieser Trend gehen wird, wenn wir ihm Tür und Tor öffnen. Wir sollten also zunächst die Landesverbände damit befassen. Später kann sich der Bundesvorstand damit beschäftigen.

Ferner sind von der Kommunalpolitischen Vereinigung zum Referat von Herrn Meyers drei Anträge angekündigt, die wir ihrem Inhalt nach aber jetzt nicht zu besprechen brauchen. Es genügt, wenn sie morgen vorgetragen werden. Hier taucht die Frage des zeitlichen Ablaufs auf: Sollen diese Anträge unmittelbar nach dem Referat von Dr. Meyers behandelt werden, (*Zurufe*: Später!) oder soll nach den Referaten eine Gesamtaussprache stattfinden? (*Zustimmung*.) Dann hat der Landesverband Saar einen Antrag zum Familienausgleich eingereicht, der von Herrn Dr. Röder begründet wird, und zwar im Zusammenhang mit dem Referat Dr. Krone, Blank usw.

In diesem Zusammenhang darf ich auf das Redaktionskomitee zu sprechen kommen. Hier sind vorgeschlagen: Dufhues, Dr. Gradl, Katzer, Dr. Krone, Schmidt⁸, Dr. Schröder, Dr. Schwarzhaupt, Dr. Kraske, Dr. Pettenberg. (*Dufhues*: Ich wäre dankbar, wenn ich durch jemand ersetzt würde! – *Johnen*: Herr Meyers für Herrn Dufhues! – *Meyers*: Nein! – *Zuruf*: Kiesinger!) Also: Dufhues, Gradl, Katzer, Krone, Schmidt, Schröder, Schwarzhaupt. – Herr Kiesinger als gastgebender Ministerpräsident hat keine Zeit dafür. Wie ist es mit Ihnen, Herr Hellwig? (*Hellwig*: Ich stehe nicht dauernd zur Verfügung. Ich muß morgen früh nach Luxemburg und komme erst am Donnerstag wieder.) Wer denn? (*Zuruf*: Schmücker!) Also, Herr Schmücker! (*Krone*: Es genügt auch so!) Herr Schröder! Würden Sie die Sache übernehmen? (*Schröder*: Ich kann es schwer allein machen. Für Donnerstag habe ich eine Einladung erhalten.) Können wir uns am Donnerstag verständigen? (*Schröder*: Ja! – *Zuruf*: Bauknecht! – *Albers*: Nehmen Sie Herrn Arndgen dazu! – *Zuruf*: Katzer! – *Zuruf*: Ist schon dabei!) Also, wir verbleiben wie vorgeschlagen. Dann müssen wir noch die Mandatsprüfungskommission aufstellen. Es werden vorgeschlagen: Adorno, Müllenbach und Dullenkopf⁹.

8 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Jurist; 1957–1972 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 407 Anm. 133.

9 Otto Dullenkopf (geb. 1920), Bankkaufmann; 1948–1961 Landesgeschäftsführer der CDU Nordbaden, 1968–1970 Landesvorsitzender, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg, 1961–1986 Bürger- bzw. seit 1970 Oberbürgermeister von Karlsruhe.

Der Evangelische Arbeitskreis hat einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: Der 8. Bundestag des Evangelischen Arbeitskreises in Mannheim hat eine Entschließung zur Sozialethik angenommen, in der es u.a. heißt: Der Bundesparteitag wird gebeten, ein Gremium zu bilden, das möglichst schnell klare Leitsätze für das sozialethische und gesellschaftspolitische Handeln der CDU/CSU aufstellen sollte.

Schröder: Erlauben Sie mir, dazu einige Worte zu sagen. Ich habe diese Mannheimer Tagung¹⁰ geleitet; sie hat unter dem Motto gestanden „Der einzelne und die Gesellschaft heute“. Sie werden über die Referate einiges gelesen haben. Dabei hat sich gezeigt, daß es ein Bedürfnis gibt, nicht nur einen Wirtschaftsausschuß oder Sozialausschüsse zu haben, sondern daß man von der Partei her sich um die geistigen Grundlagen für das sozialethische Handeln bemüht. Dieser Ausschuß soll keine Dauereinrichtung sein, sondern eine Ad-hoc-Angelegenheit. Es ist ein bißchen schwierig; es müssen Leute drin sein, die aus dem Ausschuß für Wirtschaftspolitik, aus den Sozialausschüssen und natürlich auch aus dem Ausschuß für Kulturpolitik kommen.

Herr Krone wird ein Referat halten, in dem ein ähnlicher Gedanke eingeschlossen ist, den wir in Mannheim behandelt haben. Man könnte im Anschluß an die Referate von Krone, Erhard und Blank Überlegungen anstellen, was man auf dem Gebiete tun kann. Es soll eine kleine geeignete Gruppe sein, die einmal die geistigen Grundlagen für unser Handeln auf diesem Gebiet zu schaffen versucht. Es ist dem Grunde nach kein förmlicher Antrag, sondern eine Anregung an den Parteitag zur Intensivierung der Arbeit. Welche Form man finden wird, darüber müßte man sich im Anschluß an die Referate klarwerden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich warne vor neuen Programmen! Die Aufstellung eines neuen Programms bedeutet immer, daß man bisher kein Programm oder nur ein schlechtes gehabt hat. Und das werden uns unsere Gegner dann sehr vermerken. Machen Sie das doch, wenn Sie das Bedürfnis haben, in der nächsten Vorstandssitzung ganz geräuschlos.

Schröder: Es sollte auch nicht öffentlich behandelt werden. Es war eine Anregung an den Parteitag. Ich bin damit einverstanden, daß der Bundesvorstand in der nächsten Sitzung bei der Auswertung dessen, was wir gehört haben, darauf zurückkommt.

Stoltenberg: Wir sollten zwar nicht neue Programme entwerfen, um der SPD nachzuziehen, aber die Auseinandersetzungen auf dem Parteitag in Kiel und später zeigen eine gewisse Lücke auf. Herr Katzer hat vor einigen Wochen wieder erklärt, das Ahlener Programm¹¹ sei gültig. Die anderen sagen, das Ahlener Programm sei

10 Akten zur Tagung in Mannheim am 1./2. April 1960 in ACDP IV-001-012/2 und -12/3; Presseberichte in IV-001-13/1.

11 Druck: HECK S. 15–24. Vgl. auch HEITZER S. 498–507. – Rede Katzers am 26. März 1960 in: Christlich-Sozialer Arbeitnehmerkongreß 1960 vom 26. bis 27. März in Köln. Köln 1960 S. 49–63. Vgl. auch „Katzer will kein Ketzer sein“ in BMD Nr. 13 vom 28. März 1960 S. 4.

nicht gültig, es sei nie ein Programm der CDU gewesen. Diese Dinge bewegen unsere Mitglieder sehr stark. Wir sollten nicht ein neues Programm formulieren, aber wir sollten jetzt anfangen – so habe ich den Vorschlag aufgefaßt –, uns darüber klarzuwerden, was wir hinsichtlich unseres Programms im Blick auf die Bundestagswahl nachholen müssen. Es muß mehr sein als ein bloßes Wahlprogramm; es muß grundlegend formuliert sein. Ich halte diesen neuen Vorschlag für sehr wichtig, weil in unserer Partei eine Unklarheit über das ist, was wir programmatisch wollen. (*Widerspruch und Zuruf: Wieso?*) Die jüngsten Auseinandersetzungen in der CDU über die Sozialpolitik und die Krankenversicherung haben diesen Mangel aufgezeigt. Wir sollten allerdings diese Debatte nicht auf dem Parteitag führen, aber wir als Vorstand müssen uns darüber klar sein, daß wir mit den Vorarbeiten einer Programmformulierung, die grundlegend sein muß, beginnen sollten.

Adenauer: Ich darf nochmals meine Empfehlung aufgreifen, Herr Stoltenberg, und Sie bitten, fangen wir nicht mit neuen Programmen an; auch wenn Sie sagen, ich liebe Programme nicht. Und wenn Sie mit dem Ahlener Programm anfangen wollen, dann gebrauchen Sie Sprengpulver. Sie haben gesagt, daß über das Ahlener Programm eine weitgehende Unklarheit herrsche, und zwar darüber, ob es gelte oder nicht. Wie ist denn das Ganze gekommen? Das kann nur ein Teil der Damen und Herren wissen. Als wir im ersten Bundestag bei den Großindustrien die Mitbestimmung¹² geschaffen haben, waren wir uns doch alle darüber klar, daß damit das Ahlener Programm überholt sei. (*Lebhafte Zustimmung. – Zuruf: Völlig klar!*) Deswegen würde ich Ihnen dringend empfehlen, nun nicht wieder mit dem Ahlener Programm anzufangen. Lassen wir zunächst einmal hören, was uns die Herren vortragen. In der Diskussion werden wir ja auch noch mancherlei hören. Der Bundesvorstand kann sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen. Ich möchte Ihnen überhaupt folgendes sagen: Ich beabsichtige – das wird vielleicht auch die Lage klären –, den Parteivorstand und den Parteiausschuß sofort nach der Gipfelkonferenz¹³ einzuladen, und zwar deshalb, damit auch hier eine Diskussion, die vielleicht schwierig werden könnte, vermieden wird. Die Vertriebenen – der BHE steht dahinter – werden vielleicht Fragen aufwerfen, die die Verhandlungen auf der Gipfelkonferenz in keiner Weise für uns erleichtern werden. Nach der Gipfelkonferenz sieht man in allen diesen Fragen viel klarer.

Nach der Gipfelkonferenz müssen Bundesvorstand und Bundesausschuß zusammentreten. Dann können wir über alles, was sich sonst noch auf dem Parteitag ergeben wird, sprechen. Nun steht draußen die Presse, meine Damen und Herren, die nur nach Herrn Oberländer verlangt. Sollen wir jetzt die Sache des Herrn Oberländer vorziehen?

12 Vgl. Montanmitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951. Bearb. von Gabriele MÜLLER-LIST. Düsseldorf 1984.

13 Gipfelkonferenz mit der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich in Paris am 16./17. Mai 1960 (AdG 1960 S. 8400–8407).

Von Hassel: Wir sind gleich fertig, Herr Bundeskanzler! Der Bundesparteitag hat nach den Paragraphen 3 und 4 der Parteigerichtsordnung auf vier Jahre den Vorsitzenden, vier Beisitzer und fünf stellvertretende Mitglieder des Bundesparteigerichts zu wählen. Es werden vorgeschlagen: als Vorsitzender Staatssekretär Dr. Strauß; als Beisitzer Oberbürgermeister Dr. Daniels¹⁴, Bonn, Frau Dr. Gantenberg¹⁵ MdB, Trier, Reichsminister a.D. von Keudell¹⁶, Bonn, Professor Dr. Süsterhenn, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Koblenz; als stellvertretende Mitglieder Frau Ackermann¹⁷, Landau, Rechtsanwalt Henrichs¹⁸, Hilden, Rechtsanwalt Dr. Kaltenborn¹⁹, Krefeld, Justizrat Dr. Weber²⁰, Koblenz, Oberstaatsanwalt Wolf²¹, Frankfurt.

Johnen: Ich halte es für wenig glücklich, daß ein aktiver Beamter wie Herr Strauß Vorsitzender des Parteigerichts sein soll. Nehmen Sie Justizrat Dr. Weber.

Von Hassel: Warum soll er es nicht tun? Das ist ein politischer Beamter.

Schröder: Wie wäre es denn mit Dr. Daniels? Er ist Notar und Oberbürgermeister.

Von Hassel: Wir können Herrn Daniels als Vorsitzenden mit Herrn Strauß austauschen. Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Die Eröffnungssitzung wird schließen mit der Verabschiedung einer EntschlieÙung zur außenpolitischen Lage und einer solchen zur Lage in der Sowjetzone. Da die Annahme dieser EntschlieÙungen aller Voraussicht nach per Akklamation erfolgen wird, muß geklärt werden, ob man die Eröffnungssitzung, bei der ja noch das Orchester anwesend ist, mit dem Deutschlandlied beenden soll. (*Zustimmung.*)

Der letzte Punkt! Die Wahlen des Bundesvorsitzenden und seiner vier Stellvertreter. In Kiel sind auf Vorschlag des Bundesvorstands die Vorschläge im Plenum des Parteitages vorgebracht worden. Soll auch heute hier so verfahren werden?

14 Dr. Wilhelm Daniels (1903–1977), Notar; 1956–1969 Oberbürgermeister von Bonn.

15 Dr. Mathilde Gantenberg (1889–1975), 1945 Mitgründerin der CDU in Trier, 1946–1956 MdL Rheinland-Pfalz, dort 1948–1951 Staatssekretärin im Kultusministerium, 1956–1961 MdB (CDU).

16 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), 1927–1928 Reichsminister des Innern (DNVP), 1948 CDU, 1953 Mitglied des Bundesvertriebenenausschusses der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 478 Anm. 16.

17 Annemarie Ackermann (geb. 1913), 1953–1961 und 1965 MdB (CDU).

18 Wilhelm Henrichs (1897–1966), Rechtsanwalt; vor 1933 Zentrum, 1954–1966 MdL (CDU) Nordrhein-Westfalen, Vorsitzender des Ehrengerichts der CDU des Rheinlandes, Mitglied des Landesvorstands.

19 Dr. Karl-Heinz Kaltenborn (1906–1984), Rechtsanwalt; vor 1950 u.a. stv. Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion des Landtages Mecklenburg, 1950 Flucht, 2. Sprecher der Landesgruppe Mecklenburg in der Exil-CDU.

20 Dr. Karl Weber (1898–1985), Rechtsanwalt; 1949–1965 MdB (CDU), 1965 Bundesminister der Justiz.

21 Heinz Wolf (1908–1985), 1954–1962 erster bzw. stv. Vorsitzender des Deutschen Richterbundes, Landesverband Hessen, Oberstaatsanwalt in Frankfurt und Limburg, Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der CDU Hessen, Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU, 1962–1966 MdL Hessen (CDU).

(*Zustimmung.*) Dann müßte geklärt werden, ob andere Vorschläge gemacht werden. (*Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Wer soll denn gewählt werden? – *Fricke:* Wollen Sie es noch komplizierter machen, als es schon ist? – *Johnen:* Wer nimmt die Wahl nicht an? – *Heiterkeit.* – *Andauernde Unruhe.*) Ich frage noch einmal: Wird der Bundesvorstand einen Gesamtvorschlag machen, und wie sieht er aus? (*Zurufe:* Wie bisher! – *Wiederwahl!* – *Unruhe.* – *Johnen:* Es bleibt alles beim alten!) Herr Johnen sagt: Es bleibt alles beim alten. – Wenn keine anderen Vorschläge gemacht werden, müßte dieser Vorschlag nachher von einem Herrn im Bundesparteiausschuß vorgetragen werden. Wer ist dazu bereit? (*Blumenfeld:* Das muß spontan geschehen! – *Johnen:* Das wird Herr Blumenfeld übernehmen!)

FALL OBERLÄNDER

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Wir sind das dem Herrn Kollegen Oberländer, der Öffentlichkeit, unserer Partei und unserer Bundestagsfraktion schuldig, daß ich über diese ganze Angelegenheit etwas ausführlicher referiere, damit Sie zu Hause Auskunft geben können. Was wir nachher der Presse sagen, müssen wir uns überlegen. Herr von Hassel! Es wäre gut, wenn Sie das übernehmen. Sie wissen, daß Herr Oberländer seinerzeit Staatssekretär unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner in Bayern war. Dort ist auch das Entnazifizierungsverfahren in der vorgeschriebenen Weise erfolgt. Jeder, der Herrn Hoegner kennt – und viele von Ihnen kennen ihn ja –, wird mir bestätigen, daß er ein sehr korrekter Mann ist, der sicher niemals einen Mann zum Staatssekretär genommen hätte, wenn er nicht von dessen Ehrenhaftigkeit und Lauterkeit überzeugt gewesen wäre.

Damals war Herr Oberländer Mitglied des BHE. Sie kennen die weitere Entwicklung. Er ist in die CDU eingetreten, dann ist er Bundestagsmitglied und später Bundesminister für Vertriebene geworden. Herr Oberländer ist ein Mann mit viel Temperament und viel Begabung, und es ist ganz klar, daß ein solcher Mann auch Anstoß erregt. Er hat namentlich großen Anstoß erregt im Laufe der Zeit bei der SED.

Ich muß sagen, was mich an der ganzen Angelegenheit betrübt, das ist doch, daß die Presse in der Bundesrepublik auf die Angriffe der SED gegen die Politik der Bundesregierung einen so ungeheuer großen Wert legt. Ich weiß nämlich, daß die SED noch eine Reihe von namhaften Mitgliedern der CDU/CSU auf ihrem Programm stehen hat, gegen die sie dann auch losschießen will. Wenn Sie die Berichte lesen, die z.B. polnische Zeitungen über diese ganzen Vorgänge gebracht haben, dann werden Sie finden, daß diese Zeitungen den Verlauf der ganzen Angelegenheit als einen Sieg des Ostens betrachten und daß wir uns hier im Westen vor der Macht der Tatsachen hätten beugen müssen.²²

²² Breites Presseecho fand der Fall auch in westlichen Zeitungen; z.B. „The Guardian“ vom

Das ist aber nicht der Fall. Die Sache ist leider von der deutschen Presse und dann von den Sozialdemokraten in einer wirklich unverantwortlichen Weise hochgespielt worden. Sie wissen, wie es im politischen Leben ist, daß nämlich dann, wenn so konzentrierte Angriffe gegen eine bestimmte Persönlichkeit gerichtet werden, in der Bevölkerung und auch in unserer Partei nur zu leicht eine gewisse Unruhe entsteht.

Das politische Vorleben des Herrn Kollegen Oberländer ist – ehe er in die Fraktion kam und auch ehe er Bundesminister wurde – sehr eingehend geprüft worden. Ich darf Ihnen das kurz skizzieren. Herr Oberländer ist in jungen Jahren zur NSDAP gegangen. Er hat dort für die NSDAP gearbeitet. Er hat aber – das möchte ich sehr nachdrücklich betonen – sich niemals irgendwie an diesen verbrecherischen Taten beteiligt; im Gegenteil, er hat dagegen Stellung genommen innerhalb der NSDAP und hat infolgedessen innerhalb der NSDAP sehr große Schwierigkeiten gehabt.

In diesem Feldzug – es ist wirklich ein Feldzug, der jetzt gegen ihn geführt wird – ist dann schließlich auch die Sozialdemokratie auf dem Plan erschienen. Gerade die Sozialdemokratie hätte nach meiner Meinung alle Ursache, in solchen Angelegenheiten sehr ruhig und bescheiden zu sein; denn wenn man wollte, könnte man gegen eine ganze Reihe von führenden Sozialdemokraten mit viel größerem Recht einen Untersuchungsausschuß als gegen Herrn Kollegen Oberländer beantragen. Es ist nun im parlamentarischen Leben manchmal sehr schwer zu verstehen, wie etwas gekommen ist, aber nachher steht etwas da. Es ist verhandelt worden mit der SPD. Durch diese Verhandlung seitens der Bundestagsfraktion der CDU/CSU ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, als ob die Sozialdemokratie ihren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Bundestag²³ fallenließe, wenn man ihr die Gewißheit gäbe, daß Herr Oberländer bis zu einem bestimmten Datum sein Rücktrittsgesuch als Minister mir unterbreite. Ich möchte sehr nachdrücklich betonen, daß eine solche Verbindung, nämlich das Fallenlassen des Untersuchungsausschusses, wenn Herr Oberländer zurücktritt, den Tatsachen nicht entspricht, sondern Herr Oberländer schon im September des vergangenen Jahres einen Untersuchungsausschuß sogar gewünscht hat.

Die Sozialdemokratie hat in dieser Sache auch Behauptungen aufgestellt, die mich angehen; ich hätte einen Brief geschrieben – ich weiß nicht, an wen –, in dem ich das alles bestätigt hätte. Ich habe niemals einen Brief in dieser Angelegenheit geschrieben. Das ist alles nicht wahr. Ich habe allerdings – und darüber fühlt sich Herr Kollege Oberländer etwas unglücklich (nach meiner Meinung ohne Grund) – folgendes getan: Ich habe im Januar oder Februar in einer Studentenversammlung in Köln gesprochen.²⁴ Es war ein sehr erregtes Publikum da, 3.000 Leute in einem Saal, der nur 1.500 fassen

21. April 1960, „The Times“ vom 6. April 1960, „Le Monde“ vom 14. April 1960, „Der Bund“, Bern, vom 17. April 1960.

23 Antrag: BT-Drs. 1778 vom 5. April 1960; nach dem Rücktritt Oberländers am 5. Mai 1960 zurückgezogen: Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 6267.

24 Es handelt sich um die Ansprache vor dem RCDS Köln am 15. Februar 1960. Bericht in FAZ vom 16. Februar 1960.

durfte. Die Studenten hatten stundenlang gewartet, nur um Zeuge sein zu können. Es war auch ein Block von sozialdemokratischen Studenten da. Ich war der einzige Redner. Und es wurde mir dann lebhaft zugerufen: Oberländer, Oberländer weg! – Darauf habe ich gesagt: Das haben wir gewußt; Herr Oberländer war braun, wenn Sie wollen, war er tiefbraun, aber Herr Oberländer hat niemals etwas getan, was gegen seine Ehre war. Ich habe auch dort erklärt, daß Herr Oberländer sich nicht nur an solchen Dingen niemals beteiligt hat, sondern daß er auch deswegen innerhalb der NSDAP große Unannehmlichkeiten gehabt hat.

Ich habe den Studenten weiter gesagt: Ich denke nicht daran, dem zu folgen, was Sie mir zurufen. Sie wollen nämlich seine Entlassung. Ich bin nicht geneigt, wenn die SED verlangt, es soll ein Bundesminister entlassen werden, das dann dem Bundespräsidenten vorzuschlagen. – Und daraufhin habe ich – ich sage das so ausführlich, damit Herr Oberländer das auch von mir hört – in der großen Kölner Versammlung einen tosenden Beifall dafür bekommen, daß Herr Oberländer nicht entlassen werden soll.

Es haben dann in der letzten Zeit Verhandlungen stattgefunden, über die in der Presse falsch berichtet worden ist. Herr Oberländer ist das Ziel von scheußlichen Angriffen geworden. Er leidet darunter; seine Familie leidet darunter, was jeder von Ihnen ihm nachempfinden wird. Er hat sich dagegen zur Wehr gesetzt; zuerst im Lemberg-Ausschuß. Im Lemberg-Ausschuß²⁵ ist absolut klargeworden, daß Herr Oberländer, als dieses Gemetzel in Lemberg stattfand, überhaupt nicht in Lemberg gewesen ist, sondern daß der Befehl zur Niedermetzlung gegeben worden ist von Herrn Chruschtschow, der von Stalin mit der Reinigung der Ukraine beauftragt war, ehe die deutsche Truppe überhaupt in Lemberg einzog.

Es ist dann eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft in Bonn erhoben worden. Die Staatsanwaltschaft in Bonn hat eine Unmenge von Zeugen vernommen und die ganze Sache geklärt. Wir haben einen Zwischenbericht²⁶ zur Kenntnis bekommen. In diesem Falle begrüße ich es – das möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten Meyers sagen –, daß die Regierung in Nordrhein-Westfalen auch ihre Staatsanwaltschaften zu etwas veranlaßt hat in Bonn, was gut war. (*Heiterkeit.*) Nach diesem Zwischenbericht steht fest, daß er nichts getan hat. Das Verfahren kann aber noch nicht abgeschlossen werden, weil noch einige Zeugen aus Israel vernommen werden müssen. Dann wird das auch abgeschlossen.

25 „Internationale Untersuchungskommission Lemberg 1941“, die sich am 27./28. November 1959 konstituierte. Sie untersuchte die Vorgänge in Lemberg beim Einmarsch der deutschen Truppen 1941 im Zusammenhang mit den gegen Oberländer erhobenen Vorwürfen. Vgl. ihren Abschlußbericht: Lemberg 1941 und Oberländer. Das Ergebnis einer Untersuchung. Hrsg. von K.R. VAN STAAL. Amstelveen/Holland 1960 (110 S.).

26 Am 5. April 1960 teilte die Staatsanwaltschaft mit, daß das Material gegen Oberländer zu einer Strafverfolgung nicht ausreiche; am 12. April gab sie bekannt, die Ermittlungen würden fortgeführt (AdG 1960 S.8372). – Der Zwischenbericht vermutlich in HStA Düsseldorf Rep. 195 Nr. 725–743 (nach Auskunft des HStA Düsseldorf vom 20. November 1992 z.Z. nicht zugänglich).

Dann hat Herr Bucerius in der „Zeit“ einen scharfen Angriff gegen Herrn Oberländer geduldet oder sogar selbst geschrieben. (*Zurufe: Selbst geschrieben!*) Darauf hat die Fraktion ein Ehrengericht unter dem Vorsitz von Herrn Pferdmenes eingesetzt, das ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen ist, daß die gegen Herrn Oberländer erhobenen Vorwürfe und Angriffe unberechtigt sind.²⁷

Nun hat Herr Oberländer, der erwachsene Söhne hat und mit seinen 55 Jahren noch im besten Mannesalter steht, den begreiflichen Wunsch, sich in dem gegen ihn entfesselten Kampf mit ganzer Kraft zu verteidigen. Deshalb hat er weiter den Wunsch, aus dem Kabinett auszusteigen, um sich diesen Fragen ganz widmen zu können. Er wird das, wie ich glaube, auch mit großem Erfolg tun, und seine Kraft wird der Partei und der Fraktion auch erhalten bleiben.

Es hat gestern – und eben ist die Fortsetzung gewesen – eine Besprechung zwischen Herrn Krone, Herrn Oberländer und mir stattgefunden. Und nun möchte ich sagen – das ist nach meiner Meinung das Entscheidende –, der Untersuchungsausschuß wird kommen, und zwar auf Antrag der CDU-Fraktion.²⁸ Ob er gelegentlich auf einige sozialdemokratische Herren ausgedehnt werden wird, das müssen wir mal der höheren Einsicht der Unterzeichner überlassen. Der Untersuchungsausschuß wird kommen, wenn dieser Antrag gestellt ist, nicht früher. Damit nun nicht eine Kombination hergestellt werden kann zwischen dem Ausscheiden des Herrn Oberländer und dem Unterlassen der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, wird Herr Oberländer aus sich heraus und ungezwungen mir eine entsprechende Mitteilung machen.

Das ist der Tatbestand. Ich habe versucht, ihn möglichst so zu fassen, daß er nicht zu sehr in die Breite geht und auch für Sie verständlich ist. Ob immer richtig und klug dabei von der Presse, der Fraktion und der Partei verfahren worden ist, das wollen wir jetzt nicht mehr untersuchen. Wir können wohl alle damit zufrieden sein, daß dem Wunsche des Herrn Oberländer entsprochen und von der CDU-Fraktion der Antrag gestellt wird, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, aber nicht in der Art, wie das die Sozialdemokraten wollten, die blödsinnigerweise geschrieben haben, es sollte sein Leben von der Geburt an untersucht werden. Daran haben wir gar kein Interesse, sondern seine politische Vergangenheit soll untersucht werden. Darauf wird sich der Antrag beschränken. Wenn der Antrag gestellt ist – und da handelt Herr Oberländer nach meiner Meinung durchaus richtig –, will er sich die Arme freimachen; denn das kann eine Geschichte von vielen Monaten werden, wobei er immer zur Verfügung stehen muß. Es wird ihm dann seine Freiheit von der Pflicht

27 Artikel von Bucerius. Vgl. Nr. 12 Anm. 39. – Material in: ACDP VIII-001-034/1 (Bericht Pferdmenes in der Fraktionssitzung vom 3. Mai 1960 S. 299) sowie in UiD Nr. 15 vom 14. April 1960.

28 Beschluß zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses am 6. Mai 1960 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 6381) auf Antrag von Krone, Arndgen, Pferdmenes, Struve und Genossen (BT-Drs. 1813 vom 3. Mai 1960).

seines Amtes wiedergegeben. Ich glaube, Herr Oberländer, damit habe ich es richtig ausgeführt! (*Oberländer*: Ja!)

Krone: Die Fraktion wird so handeln. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß wir es dem Herrn Kollegen Oberländer schuldig sind, dafür zu sorgen, daß die Wahrheit an den Tag kommt. Wir alle sind davon überzeugt, nach dem, was bisher vorliegt, daß die Wahrheit zu seinen Gunsten sein wird. Daher bin ich der Meinung, daß die Fraktion dem vom Kollegen Oberländer geäußerten Wunsch, seine Sache parlamentarisch zu untersuchen – zumal der Osten diesen Prozeß macht –, nachkommen soll. Außerdem wird Herr Pferdenges am Dienstag in der Fraktion ausführlich über die Arbeit des Ehrenrates berichten.²⁹ Nunmehr ist auch die Äußerung „er war braun“ vom Herrn Bundeskanzler abgeschwächt worden.

Von Hassel: Ich meine, daß wir weder in dieser Stunde noch zu einer anderen Gelegenheit auf diesem Parteitag diese Frage noch einmal aufgreifen sollten, sondern daß wir gut daran tun, denen aufrichtig zu danken dafür, die sich um die auch menschlich so gute Lösung bemüht haben. Herr Bundeskanzler! Wir wissen, wie schwierig das war. (*Zuruf*: Meinen Sie auch Herrn Bucerius damit?) Nein! – Herrn Krone wollen wir dafür danken, daß er sich dieser Aufgabe angenommen hat. Die Frage Bucerius müßte man später einmal klären.

Krone: Der Ehrenrat hat festgestellt, daß das Verhalten von Herrn Bucerius und einem anderen Kollegen nicht honorig gewesen ist. Das steht im Beschluß des Ehrenrates, den die Presse bekommen hat.

Oberländer: Da Herr Bucerius noch weiter behauptet, daß ich am Mord in Lemberg beteiligt gewesen sei, muß die Sache vor das Ehrengericht. Außerdem werden die anderen Sachen auch weiter von ihm in der Öffentlichkeit behauptet. So gehen die Dinge auf keinen Fall weiter. Ich habe die Unterlagen da! (*Unruhe und Bewegung*.)

Hilbert: Als von deutscher Seite die ersten Anschuldigungen gegen Herrn Oberländer wegen seiner politischen Tätigkeit – nicht wegen Lemberg – erhoben wurden, war es bedauerlich, daß sein Rücktritt nicht angenommen worden ist. Ich bedaure das; denn jetzt den Rücktritt von Herrn Oberländer durchzuführen, bedeutet nichts anderes als eine Kapitulation gegenüber den Angriffen vom Osten. Wir sind nicht sicher, was kommt. Wenn Herr Oberländer nunmehr aus freien Stücken zurücktritt, glaubt ihm das kein Mensch. Wir wissen auch nicht, ob nicht der zweite, dritte und vierte „Fall Oberländer“ auf dem Fuße folgen wird!

Ich bedaure außerordentlich, daß es in einer parlamentarischen Demokratie nicht üblich [ist], wenn derart schwerwiegende Anschuldigungen wegen seiner politischen Tätigkeit von 1933 an und in der Reichsführung der NSDAP ... (*Oberländer*: Ich war nie in der Reichsführung der NSDAP! – *Unruhe*.) Das steht in dem Artikel von Bucerius! (*Oberländer*: Da steht vieles drin! Das widerspricht völlig den Tatsachen!) Ich bin jedenfalls der Meinung, es wäre damals schon der richtige Zeitpunkt für Herrn

²⁹ Vgl. Anm. 27.

Oberländer gewesen, zurückzutreten. Mir ist bekannt, daß er den Rücktritt angeboten hat, aber der Herr Bundeskanzler hat den Rücktritt nicht angenommen! Wenn er aber heute zurücktritt, dann bin ich der Auffassung, daß wir hier – principiis obsta! – einen wirklich schweren Fehler begehen; denn wir werden erleben, daß dann als zweiter Herr Schröder, als dritter Herr Globke und als vierter der Herr Bundeskanzler folgen werden! (*Adenauer*: Ich bin noch nicht drauf!) Doch! Sie werden schon längst als Kriegshetzer Nummer 1 bezeichnet. (*Adenauer*: Das ist etwas anderes!) Wir sind keineswegs sicher, ob diese Kampagne nicht verstärkt weitergeführt wird.

Adenauer: Was Herr Hilbert gesagt hat, ist für mich als Bundeskanzler von großem Interesse. Nun möchte ich gern auch hier einmal von Ihnen hören, wie Sie über diese ganze Frage denken. Ich darf nochmals betonen, worauf es mir ankommt. Für mich ist von entscheidender Bedeutung, daß der Untersuchungsausschuß gebildet wird und in Funktion tritt. Es soll also nicht etwa, wie es in der sozialdemokratischen Presse hieß, eine Vereinbarung getroffen werden mit der CDU-Fraktion, wonach sie einen Antrag stelle, und dafür habe Herr Oberländer auszuscheiden. Das ist nicht der Fall. Das ist damit erledigt.

Hilbert: Herr Bundeskanzler! Sie haben eben gesagt, daß Herr Oberländer bereits Staatssekretär unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner in Bayern gewesen ist. Diese Behauptung wurde von uns durch einen Zwischenruf im Bundestag aufgestellt. Sie ist aber nachher widerlegt worden durch eine Erklärung des Herrn Menzel. (*Adenauer*: Eine Erklärung des Herrn Menzel ist keine Widerlegung!) Herr Menzel hat erklärt, das sei nicht richtig, Oberländer sei erst nach der Bildung der CSU-Regierung als Staatssekretär aus dem BHE berufen worden. (*Schröder*: Das ist kein Widerspruch! – *Unruhe und Bewegung*.)

Oberländer: In der bayerischen Regierung, die am 21. November 1950 gebildet wurde, war Ministerpräsident Herr Ehard, CSU; Innenminister war Herr Hoegner; Staatssekretär bei ihm, auch für die Vertriebenen, bin ich gewesen. Ich bin gekommen durch Herrn von Knoeringen – das kann nicht bestritten werden –, der mir zugeredet hat, Hoegner sei ein guter Mann, was sich auch in den folgenden zwei, drei Jahren als richtig herausgestellt hat. Die Regierung ist gebildet worden von der CSU, in der Herr Hoegner war. Und bei ihm habe ich drei Jahre lang gearbeitet.

Gratl: Wir müssen uns über folgendes klarwerden. Es ist gleich 5 Uhr. Ich weiß nicht, ob es unter diesen Umständen richtig ist, diese Angelegenheit noch lange zu erörtern. Ich hatte angenommen, nach dem, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, ist die Sache völlig klar. Es ist eine Entscheidung herbeigeführt worden, wonach die Fraktion einen Untersuchungsausschuß im Bundestag beantragt, der ihm die Möglichkeit gibt, sich völlig zu rechtfertigen. Wir sind davon überzeugt, daß ihm das gelingen wird. Auf der anderen Seite wird er selber aus der Regierung austreten und sein Amt zur Verfügung stellen, um sich in dieser Auseinandersetzung zu wehren und auch – wie ich glaube – um die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses von der Belastung freizulassen, daß ein Mitglied der Bundesregierung vor einem Untersuchungsausschuß steht. So habe ich das verstanden. Und wenn das der Fall

ist, sollten wir froh sein, daß endlich eine allseits befriedigende Lösung für diese Auseinandersetzung gefunden wird und wir die Möglichkeit haben, nicht mehr darüber mit den Delegierten und dem Plenum des Parteitages zu sprechen. Ich würde also vorschlagen, damit nun Schluß zu machen.

Wir haben die beiden Entschließungen zur Außenpolitik und zur Situation in der Zone zu verabschieden. Wir wollen, daß die Eröffnungssitzung ein in sich geschlossener, sehr eindrucksvoller, sagen wir ruhig, nationaler Akt wird. Dazu gehört, daß wir diese beiden Entschließungen auf dem Parteitag verabschieden, ohne daß es noch eine zerflatternde Diskussion gibt. Um das zuwege zu bringen, wäre es gut, wenn diese Entschließungen einmütig vom Bundesvorstand nachher dem Bundesausschuß zur Annahme empfohlen würden. Aber diese Entscheidung des Bundesvorstandes muß noch herbeigeführt werden!

Lücke: In dieser Sache Oberländer sind alle möglichen und denkbaren Fehler gemacht worden. Ich stimme der Lösung, wie sie nunmehr gefunden worden ist, zu. Aber, Herr Gradl, so ist das jetzt leider nicht mehr, daß es wichtiger sei, nur über den Parteitag zu sprechen. Was sich hier vollzieht, trifft die Union in ihrem Kern.

Wir sind doch getreten worden noch und noch und sind nunmehr im Sog der SED, ob wir wollen oder nicht. Jetzt können wir nicht mehr anders. Darum ist der jetzt gefundene Weg von der menschlichen Seite her für Sie der richtige, Herr Oberländer, daß Sie Ihren Rücktritt beantragen und der Bundeskanzler dem stattgibt, damit Sie auch als Mitglied der Union und der Fraktion Ihre Rechtfertigung betreiben können aus menschlichen Gründen.

Politisch aber begehen wir einen Fehler. Wir haben zu lange gewartet. Was sich draußen vollziehen wird, bleibt in seinem Ergebnis noch abzuwarten. Es wird sicher heißen: Aha, die hatten also doch einen in ihren Reihen. Und nun wird der nächste drankommen. – Herr Bundeskanzler! Die Telefonate, die in meinem Büro in Bonn laufend ankommen – ich selbst habe keine braune und sonstige Vergangenheit, dazu bin ich zu jung –, deuten darauf hin, daß man vom Osten her darauf aus ist, weitere politische Freunde auszubooten. Eine solche Untersuchung wird auch nicht das gewünschte Ergebnis bringen. Darüber müssen wir uns klar sein. (*Oberländer:* Sie wird eine Antwort geben auf den Berliner Prozeß³⁰¹) Ich würde sagen – wie Sie es vorgetragen haben, Herr Bundeskanzler –, daß Sie den Rücktritt beantragen, und der Kanzler gibt dem statt.

Adenauer: Herr Lücke hat sicher recht, wenn er sagt, es seien in der Vergangenheit Fehler begangen worden. Was wir aber jetzt tun, Herr Lücke – Sie haben es ja dann auch anerkannt –, ist die beste Möglichkeit, um nicht neue Fehler zu begehen. Deswegen sollten wir uns darauf verständigen: Die Fraktion wird gebeten – es sind nur 15 Unterschriften dazu nötig, die bekommen wir spielend zusammen –, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, um die politischen Vorwürfe gegen Herrn

30 Beginn eines öffentlichen „Prozesses“ in Ost-Berlin am 20. April, „Schuldspruch“ am 29. April 1960; vgl. NZZ vom 1. Mai 1960.

Oberländer zu untersuchen. Herr Oberländer geht aus freien Stücken, um die Hände freizubekommen und sich dagegen zur Wehr setzen zu können. Es werden auch noch Angriffe von anderer Stelle gegen ihn erhoben.

Das sollte man so akzeptieren. Auf dem Parteitag darf nicht darüber gesprochen werden. Ich habe mich geschämt, als ich in einer Zeitung, die der CDU nahesteht – sie gehört nicht dazu –, die Überschrift gelesen habe „Der Parteitag steht unter dem Zeichen Oberländer“³¹. Natürlich stand es auch in anderen Zeitungen, die uns fernstehen. Das muß unter allen Umständen vermieden werden! Ich weiß auch nicht, Herr von Hassel, ob man dem Parteiausschuß gleich etwas sagen soll. (*Zurufe*: Nein! – Doch! – Natürlich! – In der gleichen Form wie hier! – *Blumenfeld*: Abgekürzt! – *Zuruf*: Nur das Ergebnis! – *Anhaltende Unruhe*.)

Gurk: Wir können es mit einer kurzen Mitteilung an den Parteiausschuß nicht bewenden lassen, sondern müssen über die Dinge auch in der Öffentlichkeit sprechen, nicht auf dem Parteitag, aber in der Presse, die draußen steht; sie will auch etwas darüber haben. Es ist m.E. gut, die Sache bekanntzugeben, und zwar mit einer Entmotivierung ... (*Oberländer*: Mit der Offensive gegen den Osten!) Wir sollten ganz klar und öffentlich betonen, daß es eine Linie des Widerstandes und nicht des Nachgebens ist. Man kann auch sagen, daß man den weiteren Angriffen ruhig entgegensieht und sie zu parieren weiß. Wir sollten öffentlich sprechen. Das ist gar nicht zu vermeiden. Die Presse zwingt uns dazu.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß Herr von Hassel das der Presse mitteilt. (*Zimmer*: Aber genau formuliert!) Genau so, wie ich es eben gesagt habe. Dann möchte ich noch eine weitere Mitteilung machen, die interessant und erfreulich ist. Sie werden auf dem Parteitag auch den Botschafter Blankenhorn sehen. Herr Blankenhorn, der alter CDU-Mann ist – er war einmal Parteisekretär der britischen Zone –, hat mich gefragt, ob ich Bedenken hätte, wenn er käme. Ich habe ihm gesagt, im Gegenteil, kommen Sie ruhig. Selten ist ein Urteil mehr zerrissen worden vom obersten Gericht wie das des Bonner Landgerichts.³²

VERSCHIEDENES

Von Hassel: Sollen wir noch die beiden Entschließungen zur Außenpolitik und zur Situation in der Zone behandeln? – Der Herr Bundeskanzler hat die vorbereiteten Formulierungen durchgesehen. Sie sind etwas geändert worden. Herr von Brentano hat noch ein paar Zusätze gemacht. Der Herr Bundeskanzler ist einverstanden. Genügt es, daß wir das so vortragen? (*Zurufe*: Genügt!) Von einem Sprecher ist gesagt worden, man solle darüber möglichst nicht diskutieren.

31 „Bonner Rundschau“ vom 23. April 1960 („Parteitag im Schatten Oberländers?“).

32 Bundesverfassungsgerichtsurteil: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts 14 Nr. 51 (Urteil vom 13. April 1960) S. 240–258. Vgl. dazu „Die Welt“ vom 13. April 1960 („Blankenhorn-Urteil eine Fehlleistung“).

Adenauer: Sie müssen noch sagen, daß morgen im gegebenen Augenblick zwei Bauern aus der Zone reden werden. (*Von Hassel:* Habe ich schon gesagt!)

Hilbert: Das Gastland, in dem Sie Ihren Bundesparteitag abhalten, steht im Zeichen des Landtagswahlkampfes³³. Uns scheint, daß den prominenten Herren, angefangen von der Bundesregierung bis zu den Länderministern – soweit sie der CDU angehören –, die Bedeutung dieses Wahlkampfes vor der Entscheidung im Jahre 1961 nicht genügend bekannt ist.

Wir müssen leider feststellen, daß wir im Lande Baden-Württemberg mit Bundesrednern nur sehr spärlich bedacht worden sind. Wir müssen diesen Wahlkampf fast ganz allein führen. Besonders hat uns bedrückt, daß die Herren Bundesminister nur ganz vereinzelt unseren Wünschen nachkommen. (*Lücke:* Ich fahre gleich zu einer Versammlung, um zu reden!) Ich muß eines hervorheben. Herr Ministerpräsident Dr. Meyers hat uns in die größte Verlegenheit gebracht. Er hat sein Erscheinen für Versammlungen zugesagt, dann aber im letzten Moment wieder abgesagt! (*Meyers:* Vor 14 Tagen schon!) Das ist eine Begründung, Herr Ministerpräsident, die eines Unionsfreundes nicht ganz zuträglich ist. Wir verlangen von unseren Wählern, daß sie zu uns halten um des großen Zieles willen, selbst wenn einmal Entscheidungen gegen die Intentionen einiger Wähler getroffen werden müssen.

Nun hat der Ministerpräsident unseres Landes im Bundesrat eine Entscheidung treffen müssen, die den Verhältnissen des Landes Nordrhein-Westfalen nicht ganz zuträglich ist. Ich brauche Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger, der ja anwesend ist, nicht zu verteidigen. Aber wir haben keine Mehrheitsregierung der CDU in unserem Lande, sondern er ist darauf angewiesen, die Mehrheit zu suchen.

Wenn der Herr Ministerpräsident Meyers uns nun den Besuch der Wahlversammlungen mit der Begründung absagt, weil unser Ministerpräsident im Bundesrat gegen die Heizölsteuer³⁴ gewesen sei, (*Unruhe. – Kiesinger:* Ich war es gar nicht!) jedenfalls das Land, die Regierung, dann halte ich das nicht zuträglich für einen Unionsfreund. (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Auch Herr Dufhues!) Wir könnten sonst einen Bumerang starten! (*Kiesinger:* Mit derselben Begründung! – *Unruhe.*) Sie könnten es wiedergutmachen und die noch anstehenden Versammlungen besuchen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – Wir müssen immer das große Ziel sehen!) Es ist in der Öffentlichkeit die Begründung bekanntgeworden. Ich habe gestern abend in Bühl in einer Wahlversammlung gesprochen. Aus der Mitte der Versammlung bin ich gefragt worden, ob es denn richtig sei, daß der Ministerpräsident, der als Redner angesagt war, plötzlich mit der Begründung abgelehnt habe, die Regierung unseres Landes

³³ Am 15. Mai 1960.

³⁴ Erster Änderungsantrag des Landes Baden-Württemberg: BR-Drs. 307/2/59 vom 21. Oktober 1959; beraten in der Bundesratssitzung am 23. Oktober 1959: BR Sten.Ber. 210. Sitzung S. 182–188; Beschluß: ebd. S. 188 und BR-Drs. 307/59 (Beschluß) vom 23. Oktober 1959. Zweiter mündlicher Antrag Baden-Württembergs, gegen das Gesetz Einspruch zu erheben, in der Bundesratssitzung am 8. April 1960: BR Sten.Ber. 217. Sitzung S. 351f.; Beschluß: ebd. S. 352 und BR-Drs. 95/60 (Beschluß) vom 8. April 1960.

habe sich bei der Heizölsteuer nicht den Wünschen des Landes Nordrhein-Westfalen gefügt.

Meyers: Es handelt sich nicht um eine Sache des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern um eine Vorlage der Bundesregierung! (*Adenauer:* Im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen!) Wenn im Ruhrgebiet und in Westfalen nicht mehr CDU gewählt wird, dann möchte ich wissen, was aus der CDU werden soll. Ich habe Sie zu erreichen versucht, Herr Bundeskanzler, auch wegen dieser Vorlage, aber am letzten Morgen wurde mir gesagt, daß das nicht möglich sei. Ich mußte diesen Vertrag mit Niedersachsen³⁵ schließen, damit wir unsere 21 Stimmen bekamen. Das kann ich aber nicht, wenn ein Land wie Baden-Württemberg entgegensteht.

Adenauer: Wenn wir das Kapitel „Bundesrat“ anschneiden, dann will ich es in einer politischen Übersicht tun. Und hier in diesem engen Kreis muß ich sagen, die Testzahlen sind z.Z. so schlecht, wie sie kaum jemals vorher gewesen sind.³⁶ Und warum? Zum großen Teil doch wegen der Uneinigkeit, die die CDU nach draußen zeigt! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Meine Herren von Nordrhein-Westfalen! Sie wissen, daß ich die Schwere der Frage für Sie durchaus kenne und daß ich mich sehr dafür eingesetzt habe, daß Ihnen geholfen wird. Aber Sie müssen hier sprechen! So geht es wirklich nicht weiter!

Wir kommen auch mit dem zweiten Fernsehprogramm nicht weiter im Bundesrat. Wir müssen aber doch auf das große Ganze sehen! (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Kiesinger: Ich hätte nichts gesagt, wenn das Thema nicht angeschnitten worden wäre, aber jetzt muß ich es tun. Im ersten Durchgang des Bundesrates habe ich versucht, und zwar einsam und allein, meinen Willen durchzusetzen. Sie erinnern sich, was wir miteinander gesprochen haben, Herr Dufhues. Wir haben versucht, diese Sache nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern in unser aller Interesse durchzubringen. Ich habe mich im Kabinett durchgesetzt, in dem die CDU nicht die Mehrheit hat. Darauf hat sich in diesem Lande ein wahrer Sturm erhoben, auch aus CDU-Kreisen, gegen diese Steuer.

Ich habe trotzdem versucht, auf einen vernünftigen Kompromiß hinzuarbeiten, bin aber dann in dieser Sache einmal überstimmt worden. Ich habe 15 Monate lang praktisch doch immerhin mein Kabinett dazu bekommen, daß es im Sinne der Bundesregierung im Bundesrat abgestimmt hat. Ich kann es aber nicht verhindern, wenn einmal eine solche Situation entsteht, daß ich in einem solchen Kampfe unterliege. Dieses Mal hat mich die FDP im Stich gelassen. Die SPD hat es auf ihre Fahne geschrieben und wollte die ganze Sache zu einem großen Wahlslogan machen.

35 Nicht ermittelt, vermutlich mündliche Absprache.

36 Im März 1960 lagen CDU/CSU mit 44 % und SPD mit 43 % dicht beieinander. – Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 424; ACDP I-070-006/1 (darin auch: Denkschrift zur Bundestagswahl 1961, Januar 1960).

Wie Sie nun reagieren können, als ob Sie in einen Konflikt mit uns gekommen wären, ist mir rein unverständlich. (*Meyers*: Sie vergessen, daß wir vorher telefoniert haben, wobei Sie erklärten, Sie würden so abstimmen wie vorher!) Ich habe gesagt, daß ich meine Haltung nicht ändern würde. Ich habe hier eine positive Entscheidung des Kabinetts gegen den erbitterten Widerstand der anderen Seite herbeigeführt. Wenn dieses Land, in dem die CDU nicht die Mehrheit hat, im großen und ganzen im Bundesrat für die Intentionen der Bundesregierung stimmt, ist das aller Ehre wert, und ich bin ziemlich stolz darauf.

Dufhues: Eines hat uns überrascht: Weder Hamburg noch Bremen noch Hessen – also alles Länder, die sozialistisch regiert werden und die ein wesentliches und vitales Interesse an der Verhinderung der Heizölsteuer hatten, viel mehr als Baden-Württemberg – haben sich bereit gefunden, Einspruch einzulegen. Diese Führung übernahm Baden-Württemberg. Als Baden-Württemberg erklärte, wir legen Einspruch ein, schlossen sich die anderen Länder an. Das hat uns überrascht.

Nun zu unserer Haltung im Bundesrat! Ich habe das Land Nordrhein-Westfalen im Vermittlungsausschuß zu vertreten. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir für die gesellschaftspolitische Konzeption, die im Volkswagenwerk-Gesetz³⁷ ihren Ausdruck gefunden hat, einen Umweg gehen müssen, Herr Bundeskanzler! Dafür werden Sie sicherlich Verständnis haben. (*Kiesinger*: Es geht jetzt um die Landtagswahlen!)

Adenauer: Es geht vor allem darum, daß nicht die Landtagswahlen boykottiert werden! Jetzt müssen Sie zeigen, meine Herren, was Sie für große Männer sind! (*Meyers*: Herr Bundeskanzler! So kriegen Sie mich nicht! – *Unruhe*.) Wie soll ich Sie denn kriegen? (*Meyers*: Das ist ein wohlüberlegter Entschluß!) Der mag wohlüberlegt sein, aber wohin kommen wir denn mit unserer Partei? (*Kiesinger*: Weil die FDP und die SPD dieses Landes gegen die Heizölsteuer waren, deswegen rächen Sie sich jetzt an der CDU! – *Meyers*: Nein! Weil Sie ein gegebenes Wort nicht gehalten haben! – *Kiesinger*: Ich kann mein Wort nur persönlich halten, aber nicht für die SPD! – *Anhaltende Unruhe und Bewegung*.) Nachdem dies ausgesprochen worden ist, möchte ich folgendes sagen: Wenn Sie sich vorstellen, diese Landtagswahl in Baden-Württemberg würde damit enden, daß eine Regierung herauskommt bestehend aus SPD und FDP, dann wäre das für die nächste Bundestagswahl ein sehr ungünstiges Omen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Und wenn die Bundestagswahl schlecht ausfällt, dann fällt auch die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen – die ja später ist³⁸ – erst recht schlecht aus.

37 Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk GmbH in private Hand vom 21. Juli 1960 (BGBl I S. 585–587). Vgl. dazu: BT-Drs. 102 vom 20. Dezember 1957 (Antrag seitens der CDU/CSU auf Beschluß eines beigefügten Gesetzentwurfs); Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5844–5881 (Sitzung am 16. März 1960), Bd. 46 S. 6962f. (Sitzung am 29. Juni 1960).

38 Am 8. Juli 1962.

Deswegen schneiden Sie sich ins eigene Fleisch, meine Herren, wenn Sie sich weiter so verhalten. Ich bitte Sie wirklich, seien Sie nicht so, daß Sie sagen: Wenn mir mein Finger auch weh tut, ich halte ihn doch in die Tür hinein, damit sich der andere darüber ärgert.

Gurk: Ich meine, die Herren von Nordrhein-Westfalen verwechseln ihre Lage mit der unsrigen. Sie können doch den Ministerpräsidenten Kiesinger nach Lage der Dinge nicht verantwortlich machen für einen Beschluß des Kabinetts; denn es ist ja nicht allein die CDU in der Regierung. Sie müßten vielmehr logischerweise eigentlich dafür wirken, daß die Position der CDU in Baden-Württemberg verstärkt wird, damit sie möglichst allein die Regierung stellt. Erst dann könnten Sie Herrn Kiesinger einen Vorwurf machen, aber doch nicht jetzt, weil er immer überstimmt werden kann.

Sie müssen Rache an der SPD nehmen, indem Sie hier in Baden-Württemberg losschlagen! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist logisch!

Adenauer: Das ist eine gute Überlegung.

Kiesinger: Daß die Sache mit Herrn Farny³⁹ so schief liegt, daß er nämlich das Wort ergriffen hat, war nicht gut überlegt. Farny rief mich vor der Abstimmung an und sagte, auf die Stimmabgabe von Baden-Württemberg kommt es nicht an. Er wußte nicht, daß Sie Ihr Techtelmechtel mit Niedersachsen gemacht hatten. Sie sagen, Sie seien dazu gezwungen worden von Baden-Württemberg. Das stimmt nicht. (*Dufhues:* Das kann ich bezeugen!)

Adenauer: Das Ehrengericht wird etabliert werden! Machen Sie nicht ein so böses Gesicht, Herr Meyers! (*Meyers:* Doch!) Sie kommen gerade aus dem Urlaub! (*Meyers:* Das ist unabhängig davon!) Wenn man aus dem Urlaub kommt, macht das den Eindruck, als scheuten Sie sich vor der Arbeit! Ich möchte mal hören, was Sie sagten, wenn die Heizölsteuer nicht gekommen wäre. (*Kiesinger:* Deswegen lassen Sie Ihre Wut aus! – *Meyers:* Sie haben uns doch dazu gezwungen!) Wenn ein CDU-Ministerpräsident sich weigert, zugunsten der CDU in diesem Land zu sprechen – nicht der Heizölsteuer wegen, sondern wegen der CDU –, dann wird man Ihnen das sehr übel ankreiden, Herr Meyers! (*Meyers:* Ich habe doch hier gesprochen. Ich bin in 8½ Stunden hin- und zurückgefahren. Da war der Ministerpräsident des Landes krank! Das muß ich dann auch zum Vorwurf machen! – *Unruhe und Bewegung.*) Man kann natürlich niemanden zum Sprechen verurteilen, aber man kann ihm einen guten Rat geben. Glauben Sie mir, Herr Meyers, sagen Sie nichts, sondern überlegen Sie einmal und bedenken wir das Ende bei diesen Wahlen!

Damit können wir das Thema verlassen und zum Parteiausschuß gehen.

39 Oskar Farny (1891–1983), 1953–1960 Staatsminister für Bundesangelegenheiten in Baden-Württemberg (CDU). – Würdigung: Dr. h.c. Oskar Farny zum 75. Geburtstag am 9. April 1966. Festschrift des Württembergischen Landesverbands ländlicher Gemeinden e.V. o.O. o.D.